

Unterstützung von Kommunen zur Stärkung sozialer Kohäsion und zur Gewährleistung qualitativ hochwertiger sozialer Basisdienstleistungen

Bedarfsorientierte kommunale Dienstleistungen mit Relevanz für soziale Kohäsion sind verbessert.

Herausforderung

Fast die Hälfte der Bevölkerung im zunehmend fragiler werdenen Burkina Faso lebt unterhalb der Armutsgrenze. Insbesondere in ländlichen Gebieten ist der Zugang zu sozialen Basisdienstleistungen oft nicht gewährleistet. Mit der Dezentralisierung strebt die burkinische Regierung an, den Ausbau dieser Basisinfrastruktur durch die lokale Ebene bedarfsgerecht zu gestalten. Ziel ist es, die politische und sozioökonomische Teilhabe der Bevölkerung auch bei einer sich ständig verschlechternden Sicherheitslage zu verbessern. Oftmals fehlt es den Gemeinden jedoch an den technischen und finanziellen Kapazitäten, um ihre Aufgaben fachgerecht wahrzunehmen.

Lösungsansatz

Das Programm Dezentralisierung und soziale Kohäsion (PDCS) unterstützt den Dezentralisierungsprozess in Burkina Faso. Seit Beginn seiner Laufzeit im April 2021, verstärkt es die Unterstützung der Gemeinden im Bereich der sozialen Kohäsion. Es ist Folgemodul des Programms für Dezentralisierung und kommunale Entwicklung (PDDC), das von Januar 2005 bis März 2021 durchgeführt wurde. Das PDCS ist in 4 Bereichen tätig:

Soziale Kohäsion: Das Programm unterstützt das Dezentralisierungsministerium (Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation, MATD) und seine Partnergemeinden bei der



Modulname	Dezentralisierung und soziale Kohäsion (PDCS)
Auftraggeber*in	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Region Ost und Südwest, 30 Gemeinden
Politischer Träger	Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation (MATD)
Gesamtlaufzeit	Phase I: 04/2021-03/2024
Finanzvolumen	8.000.000 EUR

Umsetzung der nationalen Strategie und des nationalen Aktionsplans zur sozialen Kohäsion. Auf zentraler, dezentraler und kommunaler Ebene werden die Kapazitäten der Akteure gestärkt, um einen Beitrag zur Stabilisierung des Landes zu leisten. Mit Unterstützung des Programms setzen die Partnergemeinden Maßnahmen zur Förderung sozialer Kohäsion und zur Prävention von gewalttätigem Extremismus (Preventing Violent Extremism, PVE) unter Anwendung des Leitprinzips der Agenda 2030 'Leave no one behind' (LNOB) um.



Foto links: Kommunaler Dialogtag. © GIZ

Foto rechts: Fortbildung von Frauen in lokalen Führungspositionen zu Redetechniken in öffentlichen Debatten. © GIZ



Ronald Redeker
Auftragsverantwortlicher des
Programms
ronald.redeker@giz.de

Foto links: Bürgermeister von Gaoua während einer interaktiven Radiosendung mit der Bevölkerung. © GIZ

Foto rechts: Erhebung von Konzessionsabgaben für die Nutzung öffentlichen Grund und Bodens, Stadt Fada. © GIZ

Lokale Demokratie: Kinder und Jugendliche aus den Partnergemeinden des Programms, insbesondere Mädchen und junge Frauen, entwerfen und realisieren ihre Ideen zur Förderung der lokalen Entwicklung. Damit setzen sie ihr Recht auf Partizipation um und stärken die Demokratie auf lokaler Ebene. Die Gemeinden werden dabei unterstützt, die von den Kindern und Jugendlichen identifizierten Maßnahmen in die kommunale Planung aufzunehmen. Zur Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht unterstützt das Programm die Gemeinden außerdem bei der Operationalisierung unabhängiger Beschwerdemechanismen auf lokaler Ebene. Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung eines gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugangs, um die Beteiligung aller Personen- und Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.

Zugang zu Basisdienstleistungen: Das Programm stärkt die Kapazitäten lokaler Akteure darin, kommunale Basisdienstleistungen und Infrastrukturen beispielsweise in den Sektoren Gesundheit-, Wasser-, oder Bildung inklusiv und für alle zugänglich zu gestalten. Um die Bedürfnisse aller Personen- und Bevölkerungsgruppen und der am stärksten Benachteiligten zuerst zu berücksichtigen, unterstützt das Programm mindestens 120 Nutzer*innenkomitees, die deren Interessen vertreten.

Kommunale Eigeneinnahmen: Das Dezentralisierungsministerium und das Finanzministerium (Ministère de l'Économie, des Finances et du Développement, MINEFID) werden dabei unterstützt, kommunale Steuern und Abgaben durch die Entwicklung und Nutzung digitaler Zahlungsmethoden effizient und transparent zu erheben. Auf lokaler Ebene werden die Kommunen und die dezentrierten Dienste begleitet, auf der Basis von Potenzialanalysen- und Aktionsplänen die Eigeneinnahmen unter angemessener Berücksichtigung der Auswirkungen auf benachteiligte Personen- und Gruppen zu steigern, um kommunale Investitionen in bedarfsorientierte Basisdienstleistungen und Infrastrukturen zu erhöhen.

Angestrebte Ergebnisse...

- 108 (60%) von 180 geschulten Mitarbeitenden des Dezentralisierungsministeriums und seiner dezentrierten Dienste setzen den Nationalen Aktionsplan zu sozialer Kohäsion unter Anwendung des Prinzips ‚Leave no one Behind‘ um.
- In 15 Partnerkommunen ist eine Maßnahme aus dem Nationalen Aktionsplan zu sozialer Kohäsion implementiert.
- Kinder und Jugendliche initiieren und setzen 10 Maßnahmen zur lokalen Entwicklung um, die durch die kommunalen Behörden in die lokale Planung aufgenommen werden.
- Beschwerdeführende in 20 Partnerkommunen haben mittels leicht zugänglicher und diskriminierungsfreier Beschwerdemechanismen eine zufriedenstellende Entscheidung durch die zuständigen Stellen erhalten.
- Kommunalbedienstete gewährleisten den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu lokalen Basisdienstleistungen und Infrastrukturen in den Sektoren Wasser, Gesundheit und Bildung.
- 120 Nutzer*innenkomitees sind in der Lage die Interessen benachteiligter Personen- und Bevölkerungsgruppen in den Sektoren Bildung, Wasser und Gesundheit zu vertreten.
- Kommunale Eigeneinnahmen werden durch die Erstellung von Aktionsplänen unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf benachteiligte Personen- und Bevölkerungsgruppen erhöht und digitale Zahlungsmethoden zu ihrer transparenten und effizienten Erhebung eingeführt. Dadurch werden Investitionen in kommunale Basisdienstleistungen und Infrastrukturen gesteigert.

Veröffentlicht von: Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Dag-Hammarskjöld Weg 1-5
D-65760 Eschborn
Deutschland
T: +49 (0)61 96 79-11 75
F +49 (0)61 96 79-11 15
Autor: R. Redeker, R. Bayili
Layout: GIZ
Stand: 06/2021
GIZ ist für den Inhalt dieser Präsentation verantwortlich

In Kooperation mit: Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation (MATD)
Im Auftrag von: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Postanschrift der
BMZ Dienststelle: BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
D-53113 Bonn
T: +49 (0)228 99 535-0
poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

BMZ Berlin
D-10963 Berlin
T +49 (0)30 18 535-0

